Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 4. Mai 2015

7 F. Eingereichte Interpellation Rickli Karin (GL) und Dietrich Pascal (JL) vom 4. Mai 2015 betreffend Sofortmassnahmen zum Schutz der Wässermatten

Interpellationstext:

"Sofortmassnahmen zum Schutz der Wässermatten"

Die Wässermatten in den Tälern der Langete, der Rot und der Oenz bilden einzigartige Kulturlandschaften von nationaler Bedeutung. Zu ihrem Schutz wurde 1992 die Stiftung zum Schutz der Oberaargauer Wässermatten gegründet. Diese Stiftung unterhält mit den einzelnen Landwirten, welche Eigentümer und Bewirtschafter der Wässermatten sind, Verträge, in denen die Entschädigung für Mindernutzung und Mehraufwand geregelt wird. Da die Stiftung nach ihren Satzungen nur die Erträge des Stiftungsvermögens für die Auszahlung der Entschädigungen verwenden darf, reduzierten sich diese Abgeltungen an die Landwirte in den vergangenen Jahren als Konsequenz des historisch tiefen Zinsniveaus stark, was zu anhaltenden Konflikten führte.

Nachdem die Bemühungen, dieses Problem zu entschärfen, offensichtlich seit Jahren nur schleppend vorankommen, reichten Stadträtin Karin Rickli und die Stadträte Urs Zurlinden und Pascal Dietrich am 27. Oktober 2014 die Motion «Faire Entschädigung für Wässermatten» ein; dies im Bewusstsein, dass der Langenthaler Gemeinderat weder befugt noch das geeignete Gremium ist, um das Problem in Eigenregie lösen zu können. Die Exekutive des Oberaargauer Zentrums hat aber - namentlich auch bei den zuständigen kantonalen Stellen - ein gewisses Gewicht, welches offenkundig für eine beförderliche Behandlung der Angelegenheit nötig ist. In der Stadtratssitzung vom 16. März 2015 wurde der Vorstoss in ein Postulat gewandelt und als solches erheblich erklärt.

Seither haben sich die Ereignisse überschlagen: Wie der Presse entnommen und auch persönlich festgestellt werden konnte, hat ein Lotzwiler Landwirt offenbar in einem Akt der Verzweiflung und vermutlich auch, um eine breite Öffentlichkeit mit radikalen Mitteln auf das Problem der zu tiefen Entschädigungen aufmerksam zu machen, grosse Teile der Wässermatten zwischen Lotzwil und Langenthal (Wäspimatten) mit Herbiziden (Abbrennmittel) bespritzt und angekündigt, auf diesen Flächen in Zukunft Mais oder Getreide anbauen zu wollen.

Die Wässermatten oberhalb und unterhalb Langenthals haben für die Grundwasseranreicherung und vor allem auch als willkommenes Naherholungsgebiet für die Bewohnerinnen und Bewohner des Oberaargauer Zentrums eine sehr grosse Bedeutung. Die Bevölkerung ist durch die Entwicklung der letzten Wochen beunruhigt und besorgt. Die zeitliche Dringlichkeit des Handelns dürfte unbestritten sein: Ist die in den Wässermatten über Jahrhunderte gefestigte, aus diesem Grund besonders zähe und widerstandsfähige Grasnarbe einmal aufgebrochen, wird es schwierig werden, nach einer Beilegung des Konflikts die Flächen ohne Weiteres wie zuvor als Wässermatten nutzen zu können.

Vor diesem Hintergrund richte ich folgende Fragen an den Gemeinderat:

- 1. Welche Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, zum Schutz der Wässermatten zwischen Langenthal und Lotzwil wirksame Sofortmassnahmen zu ergreifen - dies natürlich in Absprache mit den Lotzwiler Behörden und der Wässermatten-Stiftung - und worin könnten solche Sofortmassnahmen sinnvollerweise bestehen?*
- 2. Welche Schritte will der Gemeinderat unternehmen, um das am 16. März 2015 erheblich erklärte Postulat Rickli/Zurlinden/Dietrich möglichst zeitnah umsetzen zu können?*
- 3. Was hätte eine weitgehende Auflassung der Wässermatten zwischen Lotzwil und Langenthal für Konsequenzen im Hinblick auf die Grundwasseranreicherung?*
- 4. Hat eine weitgehende Auflassung der Wässermatten zwischen Lotzwil und Langenthal Auswirkungen auf die Teilnahme des Oberaargaus an der nationalen Ausstellungsplattform «Grün19»?"*

Karin Rickli und Pascal Dietrich

Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 4. Mai 2015

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ **Art. 38 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Interpellation)

³ *Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.*